



Medieninfo

7. September 2026

„Keine Zusammenarbeit mit Feinden der Demokratie“

IG BAU-Chef Feiger äußert sich zum Wahlsieg der AfD in Sachsen-Anhalt / Beschäftigtenrechte stehen auf dem Spiel

Frankfurt am Main – „Das war kein guter Tag für die Beschäftigten in Sachsen-Anhalt wie auch in ganz Deutschland. Trotz vermeintlicher Versprechen agiert die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei komplett gegen die Rechte von Arbeitnehmer*innen und setzt sich auch nicht für eine angemessene Bezahlung ein, im Gegenteil, Einkommensminderungen sind sogar willkommen. Da müssen wir erbitterten Widerstand leisten.“ So kommentiert der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Robert Feiger das gestrige Landtagswahlergebnis in Sachsen-Anhalt. Danach kam die AfD auf 43,8 Prozent der Stimmen.

„Wenn es nach der AfD ginge, würden Häuser und Gewerbeimmobilien deutlich längere Bauzeiten haben, würden Ernten nicht mehr rechtzeitig eingefahren und würden Büros, Krankenhäuser und Kitas dreckig bleiben. Denn es würde keine Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland mehr geben, die uns tagtäglich unter die Arme greifen. Löhne und Gehälter würden in den nächsten Jahren nur noch marginal angehoben werden, denn es gäbe auch kein Bundestariftreuegesetz mehr. Auch die finanzielle Absicherung der Arbeitnehmer*innen in der Bauwirtschaft wäre perdu, denn das gemeinsam von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene Sozialkassensystem lehnen die Rechtsextremen ab. Steuererleichterungen gäbe es nur für die Reichen, Leute mit wenig Einkommen gucken in die Röhre“, sagt Feiger.

„Ich kann nur hoffen, dass von den demokratischen Parteien sich niemand von der AfD einfangen lässt und ins Koalitionsboot steigt. Sonst sind einem Demokratieabbau, Ein-



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt

schränkungen von Minderheitsrechten, einem Kulturwandel, einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit und Ähnlichem mehr Tür und Tor geöffnet. Es gilt hier tatsächlich, wehret den Anfängen. Die IG BAU bleibt jedenfalls ihren Grundsätzen treu, keine Zusammenarbeit mit Demokratiefeinden und Gegnern von Beschäftigten- und Menschenrechten.“